

Kernkraftwerke: Kommt der Ausstieg vom Ausstieg?- Ein Brandbrief an die Bundesregierung

geschrieben von Admin | 29. März 2022

Der Branchenverband der Atomwirtschaft fordert eine Verlängerung der Laufzeiten. Doch in Deutschland mangelt es an politischem Willen, und die Betreiber profitieren vom Geschäft mit der Energiewende. Den Schaden zahlt der Bürger. –

Von Holger Douglas

Ein besseres Symbolbild kann es nicht geben: die Sprengung des Kernkraftwerkes Philippsburg. Kaum war der letzte Block des voll funktionstüchtigen Kraftwerkes stillgelegt, ließ der rot-grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, die Kühltürme sprengen, damit rasch Tatsachen geschaffen werden. Es konnte ihm mit dem Ausstieg offenbar gar nicht schnell genug gehen.

Ein sichtbares Zeichen einer Ideologie, bei der Milliardenwerte vernichtet werden, ohne dass es jemand Verantwortlichen sonderlich gestört hat. Kretschmann ist dafür verantwortlich, dass aus dem ehemaligen Stromexportland Baden-Württemberg ein Land geworden ist, das heute ein Drittel seines Stromes importieren muss.

Bei den Anhängern der Energiewende macht sich Panik breit

Mit dem Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich bei Koblenz zerstörte Rheinland-Pfalz ein weiteres fast neues Kernkraftwerk – das keine nennenswerte Leistung geliefert hat. Grün-rote Ideologie in einem Bundesland, das nicht in der Lage ist, seine Menschen zuverlässig vor Naturkatastrophen zu warnen. Genauso verantwortungslos wurde die Energieversorgung eines ganzen Landes in Schutt und Asche gelegt. Ein bisher einmaliges Experiment.

Doch überholt jetzt die Realität grün-rotes Wunschdenken? Energie wird knapp und immer teurer, Unternehmen schließen und wandern ab. Energiekosten spielen eine zentrale Rolle in der Kalkulation. Die Energieversorgung hängt jetzt von einer Pipeline aus Russland ab, und das ist durch den Angriffskrieg auf die Ukraine zu einem Lieferanten geworden, mit dem man nicht mehr zusammenarbeiten will. Panik ist bei Rot-Grün zu verspüren.

Habecks Erwachen, seine Verbeugungen und Bitten in Katar helfen nichts –

das kleine Land im Persischen Golf ist ausgebucht und kann frühestens ab 2025 mehr flüssiges Erdgas liefern. Schon bizarr anzusehen, seine Verzweiflung zu fordern, bis Herbst müssten die Erdgasspeicher zu 90 Prozent gefüllt sein. Es helfen kein »Mit-dem-Fuß-auf-den-Boden-stampfen«, keine Gesetze: Wenn kein Erdgas da ist und nicht einmal die Frage geklärt ist, wer für die je nach Gaspreis 70 bis 100 Milliarden Euro aufkommt, die »einmal Vollmachen, bitte« kostet, dann gibt es nichts.

Verband richtet Brandbrief an Scholz: längere Laufzeiten für Kernkraftwerke

Der äußere Druck macht immer deutlicher, dass Spielereien an der Energieversorgung lebensgefährlich sind. Bisher attackieren Umwelt-NGOs ohne demokratisches Mandat das, was ein Staat bieten muss: sichere und bezahlbare Energieversorgung, sichere Versorgung mit Lebensmitteln und Schutz – im Gegenzug zu dem Schritt des Bürgers, der seine Waffen niedergelegt hat. Dieser Deal geht immer weniger auf.

Es scheint Bewegung in die Frage nach der Kernkraft zu kommen. Jetzt schickt »Kerntechnik Deutschland e.V.«, der Branchenverband der Atomwirtschaft, Kanzler Scholz einen Brandbrief und fordert ihn auf, die Laufzeiten der letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland zu verlängern. Angesichts der aktuellen „Notsituation“, in der schnellstmöglich russische Energielieferungen ersetzt werden müssten, gelte es sofort, Schritte einzuleiten, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen, heißt es in dem Schreiben.

»Um in einer weiter eskalierenden Situation als Folge des Krieges um die Ukraine, die zu Lücken in der Stromversorgung durchaus noch dieses Jahr, ungünstigstenfalls im kommenden Winter 2022/2023, führen kann, gewappnet zu sein, müssen alle verfügbaren Energiequellen genutzt werden. Bei der Stromversorgung sind dies auch zweifelsohne deutsche Kernkraftwerke, die mit ihrer Verfügbarkeit rund um die Uhr, zudem dabei auch klimaschonend, nicht nur das Stromnetz im Notfall stabilisieren, sondern auch mit ihrer Erzeugung einen nicht unerheblichen Teil des Grundlastbedarfs decken können.«

Doch der Zug scheint abgefahren. Von ehemals 19 Kernkraftwerken, die Deutschland mit Strom versorgten, sind nur noch drei in Betrieb. Diese liefern noch 11 Prozent des Stroms, kontinuierlich, preiswert und zuverlässig – und sollen gegen Ende des Jahres abgeschaltet werden. Woher die Strommengen dann zuverlässig und preiswert kommen sollen, hat die Ampel bisher nicht beantworten können.

Die Energieversorger haben sich an ihre

subventionierten Windparks gewöhnt

Aus den Reihen der Energieversorger hört man, dass es grundsätzlich möglich sei, die drei letzten Atomreaktoren weiterlaufen zu lassen. Zuletzt hat E.ON noch bekundet, dass ein Weiterbetrieb möglich wäre, wenn die Politik dies wolle. Es ist eine Frage des Geldes. Nur der Oberopportunist von der CSU, Markus Söder, scheint so langsam zu merken, dass sich der Wind dreht.

Allzu verständlich der Horror der Energieversorger, das Thema öffentlich anzufassen. Zu viel Geld, Nerven und Zeit haben die Schlachten um die Kernkraftwerke gekostet. Jetzt verdienen sie ihr gutes Geld mit hoch subventionierten Windradparks. Gleich, ob die Strom liefern oder nicht, wie unsinnig der ist – eine sichere Einkommensquelle. Einem betriebswirtschaftlichen Grundsätzen verpflichteten Unternehmen kann es erst einmal egal sein, woher das Geld kommt, das es verdient. Doch entgeht ihnen nicht, dass dieses Geschäftsmodell befristet ist, wenn der Zug mit Volldampf an die Wand gefahren ist. Doch es besteht Gesprächsbereitschaft bei den Energieversorgern.

Auch EnBW in Baden-Württemberg sagt, dass Kernkraftwerke weiterlaufen können. EnBW betreibt mit Neckarwestheim 2 das letzte Kernkraftwerk in Baden-Württemberg. Die technischen Voraussetzungen seien gegeben, betonte Vorstandsvorsitzender Frank Mastiaux. Das Kernkraftwerk sei ein sehr, sehr sicheres Kraftwerk. Das rot-grüne Bundesumweltministerium setzte die Behauptung in die Welt, dass ein Weiterbetrieb aus Sicherheitsgründen nicht zu empfehlen sei.

Der politische Wille fehlt

Brennstäbe bekommt man zwar nicht im Supermarkt um die Ecke, sie müssen bestellt werden. Doch das ist grundsätzlich machbar, dauert eine Weile, fehlende Genehmigungen könnten nachgeholt werden. Wobei Kernkraftexperte Manfred Haferburg in seiner Einschätzung recht hat, dass dies lange dauert. Der Realist hat eben schon zahlreiche Aktenordner mit Dokumentationen lesen müssen. Nicht alle sind unsinniger Papierkram, sondern betreffen wesentliche Sicherheitsfragen.

Ein Kernkraftwerk ist keine Kaffeemaschine, die man einfach ein- oder ausschalten kann. Das ist viel komplizierter als in den durchideologisierten Kopf einer Grüne-Jugend-Vorsitzenden dringen will.

Kernkraftwerke könnten zudem, wie Kerntechnik Deutschland hinweist, »mittels eines sogenannten Streckbetriebs sowie gegebenenfalls brennstoffsparender Fahrweise in diesem Sommer dann mindestens bis nächstes Frühjahr problemlos weiterbetrieben werden. Falls gewünscht, können sie durch Nachladung mit neuen Brennelementen auch durchaus noch weitere Jahre zur Sicherheit der deutschen sowie europäischen Stromversorgung beitragen und dabei gleichzeitig die Abhängigkeit von

Einfuhren fossiler Energieträger reduzieren. Diese Maßnahme könnte sofort beschlossen und kurzfristig umgesetzt werden. Anders als beispielsweise die derzeit angedachten neuen Flüssiggasterminals oder auch Zubauten an Erneuerbaren Energien mit damit verbundenem Netzausbau.«

Doch der politische Wille fehlt eindeutig. Auch Habeck ließ sein Wirtschaftsministerium vor einiger Zeit schon erklären, dass Kernkraftwerke zu unsicher seien – ohne allerdings die Sicherheitsexperten befragt zu haben.

Wer sich auf Windkraft verlässt, ist verlassen

Das Zerstörungswerk der Grünen und Roten (auch der ihnen aktiv Zuarbeitenden in der CDU) ist gründlich gelungen. Ehemals blühende Forschungslandschaften wie die im Kernforschungszentrum Karlsruhe oder Jülich sind zerstört worden. Mit viel Geld hochgepäppelt wurden dagegen »Forschungsinstitute«, die feststellen sollten, wie viel Himmel im Jahrmarkt der »Erneuerbaren« steckt. Die erzählen, dass Wind und Sonne ausreichen, ein Land mit Energie zu versorgen. Sie verdienen viel Geld mit Forschungsaufträgen, die zeigen sollen, wie eine »Wasserstoffwirtschaft« klappt. Man müsse die Anstrengungen nur vervielfachen. Die vergangenen Wochen zeigen es allerdings drastisch: kein Wind – kein Strom aus den Windrädern. Wer sich auf Windkraft und die Energiewendepäpste verlässt, ist verlassen.

Vielleicht muss Habeck demnächst noch eine noch tiefere Verbeugung hinlegen. Allerdings nicht vor seinen Gefolgsleuten, sondern vor der Mehrheit jener Bürger, die die massiven Schäden bezahlen müssen, die bereits in der Infrastruktur und Industrielandschaft angerichtet wurden – durch pure Ideologie.

Bisher hat noch immer am Ende die Realität über den Glauben gesiegt.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier